

Die Unterwerfung Lateinamerikas – Jörg Kronauer

Bundesregierung verweigert trotz offener Morddrohungen von Trump weiterhin jede Kritik am US-Überfall auf Venezuela. US-Sicherheitsstrategie sieht Unterwerfung Lateinamerikas und Verdrängung Chinas aus der Region vor – mit allen Mitteln.

06. Jan 2026 [german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com)

BERLIN/WASHINGTON/CARACAS (Eigener Bericht) – Trotz neuer Morddrohungen von US-Präsident Donald Trump gegen Venezuelas Interimspräsidentin Delcy Rodríguez sieht die Bundesregierung weiter keinen Anlass zu Kritik an der Gewaltpolitik der USA. Nach Kanzler Friedrich Merz behauptete am Montag auch Außenminister Johann Wadephul, die Lage um den US-Überfall auf Venezuela und die gewaltsame Verschleppung des venezolanischen Staatschefs sei zu „komplex“, als dass man sich ein Urteil über die offenkundigen Verbrechen erlauben könne. Das US-Vorgehen basiert auf der Anfang Dezember publizierten Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten, die der Westlichen Hemisphäre – Lateinamerika, der Karibik und Grönland – besondere Bedeutung einräumt. Rivalen der USA wie vor allem China, das äußerst enge Wirtschaftsbeziehungen in die Region unterhält, sollen mit allen Mitteln aus ihr verdrängt werden – nach dem Vorbild der Monroe-Doktrin von 1823. Der Versuch Washingtons, sich Lateinamerika vollständig zu unterwerfen, lässt den Machtkampf gegen China in der Region eskalieren. Die EU, die ihr Mercosur-Freihandelsabkommen in der kommenden Woche unterzeichnen will, droht endgültig abgedrängt zu werden.

Die neue Nationale Sicherheitsstrategie

Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten legt ihren wohl zentralen Schwerpunkt auf Lateinamerika und die Karibik. Das ist insofern bemerkenswert, als das US-Establishment seinen Haupttrivalen unverändert in China sieht, das als einziges Land weltweit das ökonomische, politische und militärische Potenzial hat, mit den USA gleichzuziehen, ja sie auf lange Sicht sogar zu überholen. Allerdings steckt Washington im unmittelbaren Machtkampf gegen Beijing zur Zeit fest. In seinem Wirtschaftskrieg gegen China musste es sich im Herbst auf eine Art Waffenstillstand einlassen. Die jüngsten war games des Pentagon, bei denen ein Krieg gegen China am Schreibtisch durchexerziert wird, ergaben laut Kriegsminister Pete Hegseth durchweg: „Wir verlieren jedes Mal.“[1] Während Washington sich nun mit Hochdruck bemüht, ökonomisch von Beijing unabhängig zu werden – vor allem bei Seltenen Erden –, und zugleich seine Hochrüstung vorantreibt, geht es daran, den Kampf gegen China nach Lateinamerika zu verlagern. Dort ist die Volksrepublik, sieht man vom US-Niedriglohnstandort Mexiko ab, zum bedeutendsten Wirtschaftspartner aufgestiegen; aus Lateinamerika bezieht es einen erheblichen Teil seiner Rohstoffe. Die chinesisch-lateinamerikanischen Beziehungen sind eng.

Die Vorherrschaft in der Westlichen Hemisphäre

„Die Vereinigten Staaten“, heißt es nun in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie, „werden die Monroe-Doktrin wieder geltend machen und durchsetzen“, um ihre „Vorherrschaft in der Westlichen Hemisphäre“ – gemeint sind Lateinamerika und die Karibik sowie Grönland – „wiederherzustellen“.[2] Dazu werde man einflussreiche „Wettbewerber“ von außerhalb der Großregion in der Zukunft daran hindern, „Streitkräfte oder andere Bedrohungspotenziale“ in „unserer Hemisphäre zu stationieren“ oder dort „strategisch wichtige Güter zu kontrollieren“. Dies sei, so heißt es in dem Papier, den anschwellenden Personenkult um den Präsidenten befeuernd, der „Trump-Zusatz“ zur Monroe-Doktrin.

Trump selbst spricht seit Samstag, einer infantilen Anwandlung folgend, von einer „Donroe-Doktrin“, seinen Vornamen mit dem Nachnamen des Urhebers der Doktrin aus dem Jahr 1823 kombinierend.[3] Hohen Stellenwert nimmt in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie eine strategische Stärkung der US-Militärpräsenz in der Großregion ein. So ist neben einer intensivierten Kontrolle der Seewege die gezielte Stationierung von Truppen vorgesehen, um gegen „akute Bedrohungen“ vorzugehen. Als ein Beispiel kann der Truppenaufmarsch in der Karibik in Vorbereitung des Überfalls auf Venezuela gelten. Zudem soll der „Zugang zu strategisch wichtigen Orten“ gesichert werden – offenbar in der gesamten Großregion.

Exklusivverträge für US-Unternehmen

Darüber hinaus soll, wie es in der Nationalen Sicherheitsstrategie heißt, der wirtschaftliche Einfluss der USA nicht nur gestärkt, sondern nach Möglichkeit exklusiv werden. Die Länder der Westlichen Hemisphäre müssten die Vereinigten Staaten als „Partner erster Wahl“ ansehen, heißt es in dem Papier. Von einer „Zusammenarbeit mit anderen“ solle man sie in Zukunft „abhalten“. [4] „Gegnerischer Einfluss von außerhalb“ solle „reduziert“ werden. Das gelte nicht nur für militärische Einrichtungen, sondern auch für Häfen sowie für strategisch wichtige Infrastruktur. Davon abgesehen würden die USA „klarstellen“, dass „amerikanische Güter, Dienstleistungen und Technologien langfristig ein viel besserer Kauf“ seien als Waren aus anderen Weltregionen. Über den ökonomischen Alleinbelieferungsanspruch, der an die Kolonien des 19. Jahrhunderts gemahnt, heißt es, insbesondere bei den Ländern, die von den Vereinigten Staaten am stärksten abhängig seien und auf die man daher den stärksten Druck ausüben könne, werde man auf „Exklusivverträgen für unsere Unternehmen“ bestehen. Es verstehe sich von selbst, dass Firmen von außerhalb in der Westlichen Hemisphäre keinerlei Infrastruktur errichten dürften. An der Durchsetzung all dieser Ziele müsse „jeder US-Regierungsmitarbeiter in der Region“ mitwirken und dazu „Druck ausüben“.

Chinas Lateinamerika-Strategie

Vorrangig richten sich die Ankündigungen der Trump-Administration gegen China. Beijing hat am 10. Dezember zum dritten Mal seit 2008 und 2016 ein Strategiepapier (White Paper) zu seinen Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik vorgelegt, das die wichtigsten Felder für den Ausbau der Zusammenarbeit skizziert. Diese reichen weit. Sie umfassen zum einen die Rahmenbedingungen für eine Intensivierung von Handel und Investitionen. Zum anderen werden allerlei konkrete Sektoren benannt, auf denen die Kooperation erweitert werden soll. So bietet die Volksrepublik Unterstützung bei der Umstellung auf erneuerbare Energien und auf Elektromobilität an – ein Bereich, aus dem sich die Vereinigten Staaten im Großen und Ganzen verabschiedet haben.[5] Beijing strebt darüber hinaus eine intensivere Kooperation in der digitalen Infrastruktur Lateinamerikas und der Karibik an, in der Firmen aus China recht präsent sind, und schlägt den Staaten der Region eine Zusammenarbeit in der Raumfahrt vor. Darüber hinaus nimmt es gemeinsame Maßnahmen in der polizeilichen und militärischen Ausbildung in den Blick. Trump ist bewusst, dass Beijing nicht gewillt ist, sich ohne weiteres von seinen Plänen abhalten zu lassen. Um die Volksrepublik zu besänftigen, hat er ihr am Wochenende zugesagt, Venezuela werde ihr unter der angestrebten US-Herrschaft weiter Öl liefern.[6] Den Konflikt wird das kaum dämpfen.

Im Abstieg begriffen

Sind in Lateinamerika und der Karibik heftig eskalierende Machtkämpfe zwischen den Vereinigten Staaten und China zu erwarten, so werden Deutschland und die EU dort immer weiter abgedrängt. Lag der Anteil der EU etwa am gesamten Mercosur-Außenhandel im Jahr 2000 noch bei 31 Prozent, so erreichte er im Jahr 2023 gerade einmal 15 Prozent.[7] Das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen, über das beide Seiten seit 1999 verhandeln, konnte Ende vergangenen Jahres trotz intensiver Bemühungen der EU-Kommission immer noch nicht unterzeichnet werden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat angekündigt, die Unterzeichnung Anfang kommender Woche nachzuholen. Ob dies gelingt, ist nach wie vor ungewiss. Auch der politische Einfluss der Union geht immer weiter zurück. Dass sich Berlin und Brüssel in der Rivalität zwischen Washington und Beijing behaupten können, muss als zweifelhaft gelten. Zwar urteilte Außenminister Johann Wadephul am Montag, in Berlin habe man „geopolitisch“ ein Interesse daran, das „starke ... Engagement“ Chinas, Russlands und Irans in Venezuela zurückzudrängen; dem dient der US-Überfall auf Venezuela.[8] Ob das aber mit Positionsgewinnen für Deutschland und die EU verbunden ist, bleibt zu bezweifeln. US-Präsident Trump erklärt unterdessen, Venezuelas Interimspräsidentin Rodríguez werde, wenn sie nicht bedingungslos mit seiner Regierung kooperiere, "ein schlimmeres Schicksal als Maduro" erleiden.[9] Nach Lage der Dinge kann dies nur als Morddrohung verstanden werden.

[1] Overmatched. Why the U.S. Military Needs to Reinvent Itself. nytimes.com 08.12.2025.

[2] National Security Strategy of the United States of America. November 2025. S. dazu Der neue Transatlantikpakt.

[3] Brian Stelter: How right-wing media inspired Trump's 'Donroe Doctrine'. edition.cnn.com 05.01.2026.

[4] National Security Strategy of the United States of America. November 2025.

[5] R. Evan Ellis: China's 2025 White Paper on Latin America Sets the Stage for Renewed Competition with the US. thediplomat.com 16.12.2025.

[6] James T. Areddy: Trump Suggests Venezuela Oil Exports to China Will Grow. wsj.com 03.01.2026.

[7] Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur wäre ein starkes Signal. iwd.de 31.10.2024.

[8] Debatte um angemessene Reaktion auf US-Angriff. sueddeutsche.de 05.01.2026.

[9] Sofia Dreisbach, Tjerk Brühwiller: Vom feindlichen zum nützlichen Regime. Frankfurter Allgemeine Zeitung 06.01.2026.